



DER TAGESSPIEGEL



1. Juli 2017, Ulrich Zawotka-Gerlich: **Mitte ohne Mitte; ein neuer Städtebau-Wettbewerb soll in eine Stadtdebatte münden.**

Wie kann man das alte Stadtzentrum und das Regierungsviertel beleben und attraktiver machen? Ein neuer CDU-Vorstoß.

In zwei Jahren, wenn das Berliner Stadtschloss zu einem neuen Anziehungspunkt für die Berliner und ihre Gäste wird, sollte sich das historische Zentrum ' der Stadt eigentlich von seiner besten Seite zeigen. Aber der öffentliche Dialog über die Zukunft der Stadtmitte sei „faktisch zum Erliegen gekommen“, wirft die Berliner CDU dem neuen Senat vor. Vor allem die zuständige Senatorin für Stadtentwicklung, Katrin Lompscher (Linke), stehe auf der Bremse. Sie wolle aus ideologischen Motiven die weitere Entwicklung des Zentrums zwischen Marienkirche und Fernsehturm, Rotem Rathaus und Spree verschleppen.

Deshalb fordert die CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus die Koalition auf, bei der Gestaltung der historischen Mitte endlich voranzukommen. Ansonsten verspiele Rot-Rot-Grün das Vertrauen' in ein überparteiliches Beteiligungsverfahren, das im April 2015 zu "Bürgerleitlinien" geführt habe. Leitlinien, die vor einem , Jahr noch vom SPD/CDU-Senat übernommen wurden. Gefordert wurden unter anderem eine Verkehrsberuhigung sowie attraktive Grünflächen, kulturelle und nicht-kommerzielle Nutzungen. Die Geschichte Berlins solle erlebbar werden, die Mitte sei ein "Ort der Demokratie". Nichts davon sei bisher realisiert worden, kritisiert die Union in einem Beschluss, der am Freitag auf einer Fraktionsklausur im Saarland gefasst wurde. Die CDU fordert, noch in diesem Jahr auf Grundlage der Leitlinien einen Städtebaulichen Wettbewerb auszuloben, dessen Ergebnisse in eine neue "Stadtdebatte" münden sollten. Anschließend solle der Senat einen Realisierungswettbewerb starten, der Ende 2018 beendet sein müsste. Bis zum Ende der Wahlperiode 2021 könne dann neues Planungsrecht für Berlins Mitte geschaffen werden. -

Die Christdemokraten empfehlen, sich dabei am "kleinteiligen historischen Stadtgrundriss" zu orientieren, aber nicht am "Erbe der DDR-Moderne". Der städtebauliche Status Quo im Stadtzentrum sei inakzeptabel. Im Koalitionsvertrag von SPD, Linken und Grünen stehen dazu nur zwei Sätze: "Mit der Eröffnung des Humboldt- Forums und der Fertigstellung der U 5 wird die historische Mitte verstärkt in den Fokus der Stadtgesellschaft rücken". Und: Das Umfeld des Stadtschlusses werde verkehrsberuhigt und der Straßenraum bis zum Brandenburger Tor fußgängerfreundlich umgestaltet. Auch im Regierungsviertel will die Union, aus der Opposition heraus, die Stadtentwicklung vorantreiben. Als großes Ärgernis wird beispielsweise der Spreebogenpark empfunden. Eine Grünfläche am Spreeufer, gegenüber dem Hauptbahnhof und zerschnitten von der Willy-Brandt-Straße. Der Park wurde 2005 angelegt, aber nie fertig gestellt. "Hier herrscht weitgehend Ödnis, das Areal wird im Wesentlichen als Durchgangsraum zwischen Bahnhof und Brandenburger Tor genutzt", urteilt die CDU in einem Fraktionsbeschluss. Mal abgesehen vom bunten Treiben um die Strandbar gebe es dort kein städtisches Leben.

"Wo niemand wohnt und nichts passiert, hält sich niemand gerne auf." Nichts erinnere mehr an das ehemals dicht besiedelte und lebendige Botschaftsviertel. Der Spreebogenpark gehört zur "Entwicklungsmaßnahme Parlaments- und Regierungsviertel", die vom Bund und dem Land Berlin finanziert wird. Weiteres Geld steht auch zur Verfügung, aber "aus planerischen Zwängen", so die Umweltverwaltung des Senats, konnte der Park bis heute nicht so gestaltet werden wie ursprünglich geplant. Dem stehe vor allem die "provisorische Straßenführung" auf dem Grünfläche entgegen, an der schon aus Sicherheitsgründen - mit Rücksicht auf Kanzleramt und Bundestagsgebäude nichts mehr geändert werden soll.

Die CDU-Fraktion kritisiert in diesem Zusammenhang auch, dass die "ursprüngliche Idee eines Bürgerforums zwischen Kanzleramt und Paul-Löbe-Haus nie umgesetzt wurde". So blieben ausge-rechnet, die Repräsentationsbauten der parlamentarischen Demokratie isoliert. Diese Abschottung müsse durch ein Quartier im inneren Spreebogen mit ufernahe Wohnen, Öffentlicher Nutzung und zusätzlichen Flächen für Ministerien und regierung-nahen Institutionen überwunden werden. Dafür solle der Senat, in enger Abstimmung mit dem Bund, bis 2019 einen städtebau-lichen Wettbewerb vorbereiten, fordert die Union.

(Aus dem Tagesspiegel vom 1. Juli 2017 von Wolfgang Schoele am 2. Juli 2017 übertragen)